

Die heterogene Rechte in Italien zwischen Tradition und Moderne

Christian Christen¹

Seit fast einem Jahr regiert das Rechtsbündnis des Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi in Italien. Nach dem Wahlsieg 1994 siegte das Bündnis bei der Parlamentswahl vom 13. Mai 2001 bereits zum zweiten Mal, Berlusconis liberal-konservative Forza Italia (FI) wurde mit 29,4% zur stärksten Partei. Seine wichtigsten Koalitionspartner sind die von Umberto Bossi geführte rechtspopulistische Lega Nord (3,9%) und die neofaschistische Alleanza Nazionale (AN) um Gianfranco Fini, die 11,8% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. An der Rechtsregierung beteiligt sind zudem noch zwei kleinere christdemokratische Parteien, die CDU und die CCD, die zusammen 3,2% der Stimmen bekamen.

Das italienische Wahlsystem ist durch eine Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht gekennzeichnet, mit dem das Parlament und der gleichberechtigte Senat gewählt wird. Es besteht eine 4%-Hürde. In Folge des komplizierten Wahlsystems und der zwei Kammern, in denen eine regierungsfähige Mehrheit zu erzielen ist, kommt es zu Listenverbindungen, über die auch kleinere und/oder regionale Parteien der Sprung in das nationale Parlament oder den Senat gelingen kann. Berlusconis Bündnis trat bei den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr unter dem Namen 'Haus der Freiheiten' an und eroberte ca. 55% der Sitze im Senat und 58% der Sitze im Parlament. Alle Koalitionspartner verloren zwar Stimmen an die FI, aber unabhängig von den internen Machtverschiebungen bestimmt die heterogene Rechte seit Anfang der 90er Jahre den politischen Diskurs. Damit werden in Italien grundsätzliche Fragen zu den ökonomischen und sozialen Konzepten des Rechtsbündnisses und ihrem Demokratieverständnis aufgeworfen, die trotz nationaler Spezifik für die Diskussion um die Veränderungen innerhalb der extremen Rechten von genereller Bedeutung sind.

Nach dem Wahlsieg: Die institutionelle und politische Reform beginnt

In den ersten Monaten besetzte die neue Regierung zentrale Positionen in den öffentlichen Institutionen, um die angestrebte politische Wende abzusichern. Vor und nach dem G7-Gipfel in Genua im Sommer 2001 musste sie zudem den Imageschaden minimieren, wobei die parlamentarische Aufarbeitung des rechtswidrigen Vorgehens der Sicherheitskräfte und die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bis heute wirkungsvoll blockiert werden. Nach den Terroranschlägen vom 11. September war diese Diskussion ohnehin beendet. Inhaltlich konzentrierte sich die Regierung zunächst auf die ita-

lienische Justiz bzw. die Justizreform. Sie setzte Gesetze um, die u.a. die Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden erschwerten und die nach wie vor laufenden Korruptionsverfahren aus den 90er Jahren behinderten. Entsprechend bestimmte die schleichende Erosion der Rechtsstaatlichkeit in den letzten Monaten die innenpolitische Diskussion. Höhepunkt war die Ablehnung des europäischen Haftbefehls durch Justizminister Roberto Castelli (Lega Nord) auf dem Gipfeltreffen der EU-Justiz- und Innenminister, die später von Berlusconi korrigiert wurde. Einen Namen machte sich die Regierung zudem mit der Senkung der Strafe für Bilanzfälschung und ähnlicher Delikte im Unternehmensstrafrecht sowie einem 'Amnestiegesetz' für vergangene Steuerflucht und -betrug. Es hat sich die Vermutung bestätigt, dass die persönlichen Interessen Berlusconis die politischen Entscheidungen und Schwerpunktsetzungen bestimmen, denn sowohl die strafrechtlichen als auch steuerrechtlichen Änderungen kamen ihm besonders zu Gute. Seine massive Einflussnahme auf die Justiz begründet Berlusconi mit einer angeblichen politischen Hetzkampagne der 'roten Roben', sprich einer kommunistisch unterwanderten Justiz.

Gleichzeitig vertrat die Regierung in der EU deutlicher als bisher nationale Interessen und kritisierte den europäischen Integrationsprozess, was für Irritationen bei den EU-Mitgliedern sorgte. Die durchweg europaskeptische Positionierung führender Regierungsmitglieder im Vorfeld der Euroeinführung und hinsichtlich der zukünftigen Außenpolitik führte zu heftigen Konflikten mit dem parteilosen Außenminister Renato Ruggiero und schließlich zu seinem Rücktritt. Wie die Eckpunkte der Außenpolitik zukünftig aussehen, entscheidet sich letztlich erst nach der begonnenen Reform des Außenministeriums und der Einsetzung eines neuen Ministers. Größte Aussicht auf den vakanten Posten, der zur Zeit von Berlusconi kommissarisch ausgeübt wird, hat Gianfranco Fini, der sich gegenwärtig als ein Vertreter Italiens im EU-Verfassungskonvent profiliert. Als Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident würde er zum einflussreichsten Politiker hinter Berlusconi avancieren.

Unabhängig vom tagespolitischen Geschäft offenbart sich immer wieder das stark 'gestörte' Verhältnis des Rechtsbündnisses zur parlamentarischen Demokratie und Gewaltenteilung sowie ihr Hang zum autoritären Rechtspopulismus, der die Gesellschaft zunehmend spaltet. Als übergeordnete Klammer verbindet die drei Koalitionsparteien eine unterschiedlich begründete radikale Kritik an der wohlfahrtsstaatlichen

Regulation und am institutionellen Aufbau der Republik. In dem komplexen und widersprüchlichen politischen Projekt decken sie verschiedene Felder ab und sprechen eine unterschiedliche Klientel an. Primärer Bezugspunkt und Bindeglied ist der Neoliberalismus. Mit eigenen Schwerpunkten greifen die Parteien die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik auf und finden in der zugehörigen Sozialphilosophie (autoritärer Staat, antidemokratische Massenfeindlichkeit, Elitendenken etc.) zentrale Anknüpfungspunkte für ihre soziale Rhetorik und die praktische Politik.

Notwendige Voraussetzungen rechter Hegemonie

Die zentralen Bedingungen für den breiten Konsens und Zuspruch in der italienischen Bevölkerung für die Parteien der extremen Rechten, liegen in drei übergeordneten Aspekten: *Erstens* befindet sich in Italien die Aufarbeitung der eigenen Geschichte und hier spezielle des italienischen Faschismus von 1921-1945 und des Neofaschismus der Nachkriegszeit bis heute in den Anfängen. Die mangelnde kritische Reflektion nach 1945 wurde im Zuge des Kalten Krieges begünstigt, in dem als innenpolitischer Gegner sehr schnell die starke kommunistische Partei bzw. die Linke ausgemacht wurde. Seit den 70er Jahren setzte auch in Italien ein Historikerstreit über die 'Neubewertung' von Faschismus und Kommunismus ein, der den Geschichtsrevisionismus begünstigte und somit das Ansehen der extremen Rechten verbesserte. *Zweitens* gibt es in Italien seit 1945 zahlreiche Gruppierungen und Parteien der extremen und militanten Rechten, dies sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments. In Verbindung mit der ältesten neofaschistischen Partei in Europa, dem MSI (Movimento Sociale Italiano), wurde die Basis einer rechten 'Subkultur' gelegt, die in den letzten Jahrzehnten durch Gruppierungen und Strömungen der 'Neuen Rechten' sowie aus dem Umfeld von Skinheads und Hooligans ergänzt wurde. *Drittens* wurden die engen personellen Verflechtungen zwischen der extremen Rechten in Italien und dem europäischen Ausland über den Aufbau rechtsintellektueller 'Think-Tanks', Netzwerke und Zeitschriftenprojekte forciert. Über diese Netzwerke wurde einerseits der ideologische und programmatische Modernisierungsprozess der extremen Rechten organisiert und aufeinander abgestimmt. Andererseits wurde die Netzwerkstruktur wichtiger Ausgangspunkt für die Diskussion mit Protagonisten der politischen Mitte, aus dem sich die engen Kontakte zwischen konservativ-liberaler Rechten und extremer Rechten ergaben, die für ein gemeinsames Regierungsprojekt unerlässlich sind.

Alle drei Elemente führten dazu, dass sich nach dem Ende des Mussoliniregime die extreme Rechte in der italienischen Gesellschaft relativ erfolgreich behaupten konnte, der MSI in allen Parlamenten der Nachkriegszeit und auf regionaler Ebene an Regierungskoalitionen beteiligt war. Zudem wurde die rechte Ideologie in Teilen der Bevölkerung im Alltag konserviert, gleichzeitig wurden die rechten Diskurse einer

ideologischen Modernisierung unterzogen, an welche die programmatische Entwicklung der extremen Rechte ab Mitte der 80er Jahre anknüpfen konnte.

Die skizzierten Voraussetzungen allein können allein jedoch die Etablierung der drei großen Parteien (FI, Lega Nord und AN) und ihre Wahlsiege in den 90er Jahren nicht erklären. Ausschlaggebender Faktor war zudem der Zusammenbruch des politischen Systems der Nachkriegszeit Anfang der 90er Jahre. Bis dahin hatte die dem christdemokratischen Spektrum zurechenbare *Democrazia Cristiana* (DC) die italienische Politik dominiert. Ab 1945 hatte die DC in unterschiedlichen Koalitionen regiert, seit Ende der 70er Jahre hat sie sich in Koalitionen mit der *Partito Socialista Italiano* (PSI) abgewechselt. Italien gilt trotz der zahlreichen Regierungswechsel - Berlusconi ist der 59. Ministerpräsident der Nachkriegsära - als blockierte Demokratie. 1992 begann diese Struktur durch den Beginn der Aufarbeitung der tiefgehenden Korruption zu zerbrechen. In Folge dessen zersplitterte die DC in zahlreiche christdemokratische Parteien, der PSI löste sich auf. Im Vakuum der Implosion der 'Ersten Republik' kam es zu einer umfassenden Neuorganisation des italienischen Parteienspektrums. Alte Führungsfiguren verschwanden von der Bildfläche und 'neue' Gesichter tauchten auf. Und es gab eine notwendige programmatische Erneuerung über alle Parteigrenzen hinweg, die mit unterschiedlichen Motiven betrieben wurde. So wandelte sich im Strudel der Korruptionsskandale beispielsweise auch die kommunistische Partei (PCI), obwohl sie weit weniger als DC und PSI belastet war. Mit einer Neuorientierung versuchte sie außerdem, auf den Zusammenbruch des Ost-West-Konflikts zu reagieren.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass der Zusammenbruch der Nachkriegsära und die tiefe Krise der italienischen Gesellschaft erst die Möglichkeit eröffneten, dass ein Bündnis aus 'moderner' konservativ-liberaler Rechten und extremer Rechten zustande kam und auf den 'Ruf' nach einem Neuanfang antworten konnte. Diese heterogene Rechte dominiert seit Anfang der 90er Jahre den politischen Diskurs - unabhängig davon, ob sie regiert oder nicht.

Das Rechtsbündnis als Retter der Nation

Die politische Implosion der 'Ersten Republik', die seit Mitte der 80er Jahre in allen Industrienationen sich verschärfende soziale und ökonomische Krise und die ungelöste Mezzogiornofrage in Italien werden von der Rechtskoalition ideologisch verkürzt auf den italienischen Wohlfahrtsstaat zurückgeführt. Sind ihre Feststellungen dazu zwar fast durchweg falsch, so leitet das Rechtsbündnis daraus trotzdem ihre Positionen und die Regierungspolitik ab. Problematisiert werden vor allem die Massendemokratie, die über das Parlament den abhängig Beschäftigten potentiell den Eingriff in die wirtschaftlichen Abläufe eröffnet, und es wird eine 'überbordende' Umverteilung zur sozialen Korrektur der Produktions- und Verteilungsergebnisse unterstellt. Die Forderung nach radikalen institutionellen Reformen und eine neoliberale Wirtschafts- und

Sozialpolitik werden in dieser Zuspitzung zur gemeinsamen Basis der Kritik am italienischen Wohlfahrtsstaat.

Die *Forza Italia* (FI) verkauft ihre Antworten bis heute als Bürgerbewegung. Dies ist nicht nur ihrer kurzen Geschichte geschuldet, sondern war immer strategisch gewollt. Erst wenige Wochen vor den Parlamentswahlen 1994 kam es am 6. Februar zum konstituierenden Parteitag der FI. Auch wenn sie in den letzten Jahren zunehmend Personen aus den Parteien der 'Ersten Republik' an sich band, will sich die FI mit einer neuen Art der Politik von den untergegangenen Altparteien unterscheiden. Schon allein der Name 'Vorwärts Italien' suggeriert den Aufbruch und soll Modernisierung signalisieren. Anfangs gab es kein dezidiertes Parteiprogramm, da man das Korsett der Programmatik verlassen und neue, intelligente Lösungen propagieren wollte. Trotz dieser Phrasen zeigt sich von Beginn eine klare wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung. Berlusconi als 'Selfmademan' symbolisiert die favorisierte Konzeption mit den Kategorien Leistungsstärke, Individualisierung, Unternehmergeist, Wille zur Macht, Elitebewusstsein, Entfesselung der Marktkräfte und Wettbewerb. Alle Ein-griffe des Staates zum Zweck der Umverteilung werden kategorisch abgelehnt und gelten als unproduktiv, wohingegen der Markt als umfassende Steuerungsinstanz der Gesellschaft gilt. Der einfache Bürger und die produktiven Schichten - vor allem der Klein- und Mittelstand - seien in der Vergangenheit ausgepresst worden und hätten die italienische Gesellschaft einer Wohlfahrtsdiktatur überantwortet. Die behauptete Selbststeuerungsfähigkeit des Marktes konnte nicht wirken. Daneben würden die sozialstaatliche Intervention die Motivation und Leistungsbereitschaft der Bevölkerung untergraben. Den Ergebnissen der Industrie- und Sozialpolitik der Vergangenheit wird ohnehin nur der Status eines Kunstprodukts zuerkannt, da sie keine gewachsene Struktur im Sinne eines evolutionären Prozesses aufwiesen und sich langfristig nicht selbst tragen könnten. Berlusconi und seine Partei verkörpern eine spezifische Variante moderner Politik. Wie der Unternehmer in seinem Unternehmen stellt sich die FI die politische Führung des Landes vor. Daran müssen die institutionellen Bedingungen des Parlamentarismus angepasst werden, damit das vom Volk quasi plebiszitär gewählte Personal möglichst ungestört regieren kann. Der permanente Verweis auf ineffiziente Entscheidungsfindung aufgrund ständiger Einsprüche durch die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition wird an die Forderung nach schlanken Strukturen gekoppelt, die aber nicht mit mehr Bürgerbeteiligung oder Emanzipation zu wechseln sind. Denn es geht ausschließlich um die Marktsteuerung und die zu erhöhende Wettbewerbsfähigkeit. Hierfür sammelte die FI nach dem Zusammenbruch des politischen Systems in den 90er Jahren die konservativen Stimmen, richtete ihre Politik an einer stringent neoliberalen Linie aus und fungiert primär als Scharnierpartei bzw. Bindeglied zwischen Lega und AN. Alle sozialen Leistungen und demokrati-

schen Rechte stehen letztlich zur Disposition. Eine mögliche Opposition, vor allem die Gewerkschaften und linken Parteien, werden rigoros bekämpft, und es wird bis heute die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme beschworen. Elitärer Führungsanspruch in Verbindung mit einem auf moderne Medien und Kommunikationsformen basierenden Auftreten, Standortrhetorik und Entfesselung der Marktkräfte sind die Merkmale der größten liberal-konservativen Partei.

Der Bruch mit den institutionellen Strukturen der 'Ersten Republik' wurde am schärfsten von der Lega Nord gefordert, die Mitte der 80er Jahre auf der politischen Bühne Italiens erschien. In ihr sammelten sich die Proteste der wohlhabenden -nördlichen- Regionen gegen den römischen Zentralstaat, der nach ihrer Auffassung zu Unrecht die Umverteilung in die süditalienischen Regionen organisiert. Diese Transferleistungen, die der Kapitalstock der Mezzogiornopolitik war und als parteiübergreifende innerstaatliche Entwicklungspolitik bis dato akzeptiert wurde, bildeten den Ausgangspunkt für die Proteste der vermeintlichen Nettozahlerregionen. Forderungen nach einer starken regionalen Autonomie bis hin zur Sezession und eine Steuer- und Finanzhoheit kündigten de facto den Kompromiss zur Entwicklung der gesamten Nation auf und legte jede gesellschaftlich organisierte Verteilungs- und Industriepolitik ad acta. Rassistische und konservative Ressentiments gegenüber den Bewohnern der strukturschwachen Regionen und gegenüber Migranten untermauern ideologisch die wohlstandchauvinistische Politik der Lega. Statt eines Nationalismus bemüht sie einen Regionalismus, der über die Konstruktion einer regionalen Identität und die Fokussierung der Ressourcenverwendung auf die Nützlichkeit für die eigene soziale Gemeinschaft den Prozess von sozialer Inklusion und Exklusion befördert, ohne auf eine traditionelle Blut und Boden-Ideologie angewiesen zu sein. Autoritäres, rassistisches Denken und Sozialdarwinismus spielen eine zentrale Rolle, die von außen immer wieder kritisiert werden. Der spezifische Regionalismus als konstituierender Faktor dieser Positionen gilt hingegen nicht als ein integraler Bestandteil moderner rechter Politik. Hiermit kann die Lega vielmehr auf eine Akzeptanz in Europa aufbauen, wo Subsidiarität und das Konzept vom 'Europa der Regionen' selbst als positiven Bezugspunkt der europäischen Integration angesehen wird.

Die *Alleanza Nazionale* (AN) von Generalsekretär Gianfranco Fini, der neben Berlusconi das Amt des Vizepremieministers bekleidet, ist die dritte große Kraft in der Koalition. Dem Namen nach besteht die Partei erst seit dem 29. Januar 1995. Im Kern ist die AN jedoch identisch mit dem MSI, der bereits 1946 gegründet wurde und, wie skizziert, als älteste neofaschistische Partei in Europa eine entscheidende Rolle im Spektrum der extremen Rechten gespielt hat. Die Programmatik der AN unterscheidet sich u.a. vom ethnischen Föderalismus der Lega und den marktradikalen Lösungen der Forza Italia dadurch, dass die heraus-

gehobene Rolle des Staates bei der Steuerung sozialer und ökonomischer Prozesse im Kern bestehen bleiben müsse. Seine zentrale Aufgabe als ordnende Instanz müsse allerdings unter Effizienzkriterien ausgebaut werden. In der parlamentarischen Kompromissarbeit, in der nur hemmungslos ‚Partikularinteressen‘ verfolgt würden, ließen sich nach Ansicht der AN keine gesamtgesellschaftlich befriedigenden Lösungen für die Probleme des italienischen Volkes finden. Stattdessen wird ein starkes Präsidialsystem mit plebiszitären Elementen befürwortet. Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit werden nicht, wie in vielen neofaschistischen Parteien und Gruppierungen, in Abrede gestellt, sondern es wird eine institutionelle Einbindung im korporatistischen Sinne angestrebt. Eine eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik kann die AN nicht anbieten. Sie greift ebenfalls auf neoliberale Antworten zurück, verbindet sie mit einer sozialphilosophischen Komponente und ihrem spezifischen Staatsverständnis. Zentral ist der Rekurs auf Werte und Traditionen, die soziale Gemeinschaft und ein Idealbild von der Gesellschaft, um den Verteilungskonflikt zu minimieren. Mit dem starken Bekenntnis zur Nation und der vorgebrachten Sorge um das gesamte Volk wird die AN für die süditalienische Bevölkerung interessant, die durch die FI und Lega ungenügend repräsentiert wird. Die neofaschistische Partei ist heute zum programmatischen Spagat zwischen autoritärer, aber fürsorgender Partei und der Modernisierung des Wirtschaftssystems mit starken sozialen Einschnitten gezwungen. Setzt sie zu sehr auf Marktlösungen, verprellt sie ihre Stammwähler und muss versuchen, die negativen Folgen der Polarisierung anderer Minderheiten anzulasten und den sozialen Zusammenhalt durch den Rekurs auf Familie und Tradition zu stärken. Die rassistische und anti-emanzipatorische Agitation ist ein fester strategischer Bestandteil, um die gesellschaftliche Konflikte in die gewünschten Bahnen zu lenken. Vorgebracht werden diese Argumentationen, wie auch von den beiden Partnern, in moderner Sprache und Begründung, ohne auf eine plakative sozialdarwinistische oder neofaschistische Rhetorik zurückzugreifen.

Schlußbetrachtung

Nach fast einem Jahr der Regierung Berlusconi gibt es in Italien seit einigen Wochen eine breite Diskussion darüber, auf welchem

Weg sich die Gesellschaft befindet. Der Unmut wächst stetig - angefangen von den Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz über die im Zuge der Neubesetzung der Aufsichtsräte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (RAI) ausgebrochenen heftigen Konflikte über die ‚Freiheit der Medien‘ bis zum aktuellen und schärfsten sozialen Konflikt um die ‚Reform‘ des Arbeitsmarktes über die Revision des Art. 18 (Kündigungsschutz). Der Protest kommt hauptsächlich von außerparlamentarischen Kräften (u.a. Bürgerforen, Gewerkschaften, Professoren und Kulturschaffenden), wobei der Schwung und die neue Qualität der Zusammenarbeit kritischer Gruppen nach der Mobilisation gegen den G7-Gipfel in Genua genutzt werden. Die nächsten Monate werden, unabhängig von möglichen Veränderungen innerhalb der parlamentarischen Opposition, im Zeichen zunehmender sozialpolitischer Konflikte stehen, da sich die Regierung neben der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes die Reform des Pensions- sowie Gesundheitssystems und die Steuerreduzierung für Unternehmen vorgenommen hat. Berlusconis Koalition wird mit Nachdruck versuchen, auf den zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Feldern den favorisierten tiefgreifenden Wandel einzuleiten. Die dabei sich abzeichnenden sozialen Konflikte können zum Gradmesser dafür werden, wie gefestigt die Regierung tatsächlich ist. Im skizzierten Kontext des Rechtsbündnisses liegen Konflikte und Widersprüche in der Natur der Sache und werden durch sozialen Druck weiter wachsen. Ob hiermit das Ende der Rechtsregierung bereits eingeleitet wird, bleibt abzuwarten. Zumal ein realer Politikwechsel unter den gegenwärtigen Bedingungen auch nach ihrem schnellen Ende nicht zu erwarten ist.

Unabhängig von den zukünftigen Entwicklungen verweist der bisherige Erfolg des Rechtsbündnisses auf einen Weg, wie ‚der‘ Neoliberalismus bei allen nationalen Unterschieden in einer dritten Phase weiterhin dominierende Doktrin bleiben kann. Nach der ersten Phase Ende der 70er bis in die 80er Jahre, seiner Durchsetzung im Zuge der ‚Konterrevolution‘ aus dem konservativen Lager (Reagan, Thatcher und Kohl) gegen Keynesianismus und Wohlfahrtsstaat, erfolgte Anfang der 90er Jahre der Wechsel hin zu einer ‚sozialdemokratischen Variante‘ der Neuen Mitte oder des Dritten Weges (Clinton, Blair und Schröder). Reale

Strukturbrüche, der Verschleiß der konservativen Parteien und soziale Unzufriedenheit speisten diesen Wechsel. Aber auch die Phase von Mitte-Links wird mittelfristig beendet sein oder ist es bereits (Österreich, Italien, Norwegen, Dänemark, Portugal). Als Alternative steht Mitte-Rechts bereit, in der sich die liberal-konservative Rechte mit modernisierten Parteien der extremen Rechten verbindet. Und es ist zu vermuten, dass - ähnlich den Verwerfungen in den konservativen Parteien Ende der 80er Jahre - desolaten modernisierte sozialdemokratische/sozialistische Parteien aus der zweiten Phase hervorgehen, die der Rechtsentwicklung kaum etwas entgegensetzen können. Bedenkt man zudem, dass die Konzepte und Phrasen vom Dritten Weg und der Neuen Mitte auf einen modernen Autoritarismus hinauslaufen, verwundert die Sprachlosigkeit des politischen Europas zur Wahl der italienischen Rechtsregierung vor einem Jahr nicht länger. Immer deutlicher zeigt sich, dass sich der zeitgemäße Rechts-Extremismus nicht aus den Rändern der Gesellschaft speist oder primär von den Modernisierungsverlierern getragen wird, sondern aus ihrer Mitte kommt. Jeder kritische Ansatz hat in Folge dessen die damit verbundenen Verschiebungen in den Blick zu nehmen, um auf Augenhöhe mit seinem Gegenstand zu argumentieren.

¹ Überarbeiteter Vortrag vom 18.1.2002. Ehrenkolloquium der RLS und der Bundestagsfraktion der PDS - Rechtsextremismus und Antifaschismus am Beginn des 21. Jahrhunderts. Alte und neue Fragen an Politik, Forschung und politische Bildung - zum 70. Geburtstag von Dr. sc. Norbert Madloch.

Literaturhinweise

Christen, Christian (2001): Italiens Modernisierung von Rechts - Berlusconi, Bossi, Fini oder die Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates. Berlin.

Ders. (2002): Italiens Regierung zwischen autoritärem Neoliberalismus und modernem Rechts-Extremismus. In: Bojadzije, Manuela/Demirovi, Alex (2002): Konjunkturen des Rassismus. Münster. (im Erscheinen)

Ders. (2002): Neoliberale Globalisierung und die extreme Rechte. In: Buchholz, Christine/Karrass, Anne/Nachtwey, Oliver/Schmidt, Ingo (Hg.) (2002): Handbuch Globalisierungskritik. Köln. (im Erscheinen)

Auf welchem historischen Erbe beruht der gegenwärtige Rechts-Extremismus in Osteuropa?

Bemerkung zu einer aktuellen Diskussion

Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe

In der Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens „Osteuropa“ äußerten sich kürzlich junge PolitikwissenschaftlerInnen der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder) aus vergleichender Perspektive zum *Rechtsradikalismus* in den osteuropäischen Transformationsgesellschaften. Sie stellen Überlegungen zu den Entstehungsbedingungen und historischen Traditionen an und legen ein Erklärungsmodell vor. Ihre These: *Rechtsradikalismus ist vor allem historisch über den Staatssozialismus und die anschließende Transformationsperiode zu verstehen*. Er sei eine Reaktion auf die tief-